

spd/III/57

Hannover, 14. Mai 1948

## SPD - Schutz und Gegner für immer?

R.B. Es sind zuletzt zwei Faktoren, die das deutsche Bürgertum und alle sich heute noch dazu zählenden Kreise vor dem KZ-begeisterten Kommunismus bewahren; die westlichen Militärregierungen und die Sozialdemokraten. Die Waffenmacht der Besatzungsarmeen würde auf die Dauer jedoch kaum ausreichen, wäre die SPD nicht instande, die politische Willensbildung der Massen in einem vernünftigen und wirklichkeitsnahen Sinne zu lenken. Es ist auch nicht das Bürgertum, das den Kommunismus in der Ostzone den größten Widerstand leistet, es sind die vom sozialdemokratischen Geist erfüllten Arbeiter. Die SPD ist schließlich die größte Arbeiterpartei; nimmt man den russisch besetzten Teil Deutschlands hinzu, so ist sie die größte Partei Deutschlands überhaupt.

Man sollte meinen, alle diese Tatsachen könnten das Bürgertum und die es repräsentierenden Parteien von der Notwendigkeit einer verständnisvollen Politik gegenüber der SPD überzeugen. Aber das deutsche Bürgertum, das nie den Ruf besonderer politischer Weitsicht besaß, läßt sich von der Sozialdemokratie schützen, zugleich aber ist es ihr hartnäckiger und selbstgefälliger Widersacher, es ist zur Zusammenarbeit nur bereit, wenn es den Ton angeben kann und die eigene Politik durch die SPD sanktioniert wird. Es kommt hinzu, daß hauptsächlich in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, immer noch der demokratische Sozialismus als eine Art Vorstufe zum Kommunismus angesehen wird, obwohl allmählich klar geworden sein sollte, daß zwischen beiden in Wahrheit ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht. Nichts beweist das deutlicher als die Tatsache, daß der Kommunismus wohl glaubt, von Fall zu Fall mit rudimentären bürgerlichen Parteien und Gruppen paktieren zu können, nicht aber mit der SPD. Vor allem in den USA sollte sich diese Erkenntnis allmählich stärker durchsetzen. Sicher sind die einsichtsvollen bürgerlichen Politiker im Grunde selbst der Meinung, daß in der SPD das schließlich wirkungsvollste Ordnungsprinzip im heutigen politischen Leben Deutschlands liegt, weil diese Partei es vor allem in der Hand hat, Geist und Haltung der deutschen Arbeiterschaft und breiter ihr soziologisch unmittelbar benachbarter Schichten zu bestimmen. Die Führung der bürgerlichen Parteien hegt aber offenbar auch die Erwartung, die SPD werde das in sie gesetzte Vertrauen zu einer permanenten Schutz des Bürgertums verwenden. Dies ist eine gefährliche Spekulation. Die SPD von heute ist entschlossen, die Fehler des Weges nach 1919 zu vermeiden. Und einer dieser Fehler war die immer wieder mißbrauchte Bereitschaft, in dem ehrlichen Bemühen um Zusammenarbeit,

den bürgerlichen Partnern allzuweit entgegenzukommen. Man hat im bürgerlichen Lager aus dem Schutzcharakter der SPD und aus ihrem bisherigen Verhalten sehr unlogische Schlussfolgerungen gezogen. Sie bestehen im wesentlichen in einer Politik der gemeinsamen Anstrengungen gegen die SPD. Es läßen sich hierfür unzählige Beispiele aus den Kreis- und Landtagen und aus den Geschehen im Wirtschaftsrat nennen. Die Mittel- und Rechtsparteien Deutschlands werden nicht im Traum erhoffen, jemals nennenswerte Teile der deutschen Arbeiterschaft für sich gewinnen zu können - jedenfalls im Vergleich zur SPD. Sie erreichen aber mit einer Fortsetzung der bisher verfolgten Politik, daß sich die Massen eines Tages mit umso größerer Erbitterung gegen den Egoismus dieser Art von Bürgertum wenden. Man hat durchaus in der Arbeiterschaft erkannt, wie wenig echt die Frankfurter CDU-Aufforderungen an die SPD waren, und man weiß auch, daß nur versucht wird, die SPD einzuspinnen, ohne sie die Zügel mitheften zu lassen. Von der LDP über die CDU bis zur Bayern- und Niedersächsischen Landespartei besteht kein Zweifel darüber, daß man ohne die SPD nicht auskommen kann. Man sollte aber auch nicht daran zweifeln, daß die SPD auf die Dauer nicht Schutz und Gegner in einem sein kann.

#### Neuer RiB in der CDU

sp. Der Austritt der Frau Maria Meyer-Sevenich aus der CDU ist vor allem wegen der Begründung bemerkenswert; die Frau Meyer-Sevenich für ihren Entschluß gegeben hat. In einer sehr ausführlichen Darlegung an den Landesvorstand Hannover der CDU werden vor allem drei Vorwürfe erhoben: die radikale Entfernung der verantwortlichen Führung dieser Partei von den ursprünglichen sozialen Gehalt ihres Programms, ihre rein privat-kapitalistische Wirtschaftspolitik in allen praktischen Entscheidungen, vor allem im Rahmen der Frankfurter Beschlüsse, und ihre diktatorischen Methoden, diese Linie gegen alle Widerstände aus den eigenen Reihen durchzusetzen. In einer anderen Erklärung von Frau Meyer-Sevenich heißt es unter anderen wörtlich:

"Es ist wahr, daß wir alle guten Grund haben, mit den Ergebnissen des heutigen Systems der Zwangsbewirtschaftung unzufrieden zu sein. Art der Planung und der Bürokratie mögen hierfür mitverantwortlich sein. Vor allem aber ist es die Schuld der heute gültigen "freien Marktwirtschaft", nämlich des Schwarzen Marktes in allen seinen Spielarten von der Kompensation der Industrie bis zum kleinen Straßenhändler.

Wir ist unverstänlich, wie die Hungernden satt werden, die Obdachlosen ein Heim finden, die ohne Kleidung sind bekleidet werden sollen, wenn wirklich der Weisheit letzter Schluß für die Zeit nach der Währungsreform der "Durchstoß zur freien Marktwirtschaft" wie ihn Herr Dr. Holzappel als Ziel der Frankfurter CDU-Politik proklamierte, sein würde. Die an dem heutigen freien Wettbewerb so kümmerlich beteiligt sind, daß Hunger und Elend ihre hilflosen Seelen dem Weltbolschewismus entgegentreibt, weil sie das heute

gültige Geld - Ware - nicht besitzen, werden auch nach der Währungsreform mit leeren Händen vor den dann wieder sichtbaren Warenlagern stehen.

Das wird nicht durch "Reformen" verhütet, die das Festhalten an dem Grundirrtum verbergen, sondern erfordert einen radikal neuen Ansatz im Aufbau der menschlichen Wirtschaftsordnung. Überdies zeigt das Taktieren an die Enthörung, wie eng die Grenzen solcher Reformen gesteckt sind. Soll sich aber die deutsche Sozialdemokratie mit Erfolg querlegen gegen eine dem Weltbolschewismus dienende Radikalisierung im deutschen Volk - und sie hat diese Aufgabe außer- und innenpolitisch seither wahrhaftig besser erfüllt, als wir die unsere - so muß sich die christliche Partei ebenso standhaft querlegen gegen das System der Ellbogenfreiheit, das dem Weltkapitalismus dient".

Nach außen hin erscheint der Austritt dieses führenden Mitgliedes der CDU aus der Partei als ein Einzelvorgang. In Wirklichkeit ist er der Ausdruck einer weit verbreiteten Auffassung vor allen in den Kreisen der Arbeiterschaft, soweit sie ihre Stimmen bisher der CDU gegeben hat. Es liegen aber zahlreiche einwandfreie Anhaltspunkte dafür vor, daß auch ein erheblicher Teil der mittleren und unteren Funktionärschicht dieser Partei nicht anders denkt als Frau Meyer-Sevenich, wenn diese Männer auch bisher noch nicht den Mut gefunden haben, daraus praktische Schlussfolgerungen zu ziehen. Das beweist aber nur die Stärke des Druckes, der von der obersten Parteiführung ausgeübt wird. Immerhin ist der Schritt dieser in der CDU bisher besonders wirksam gewesenen Persönlichkeit ein klarer Beweis für die zunehmenden politischen Gegensätze innerhalb dieser Partei, deren innere Zwiespältigkeit und Gefährdung freilich nie ein Geheimnis waren.

(m/1/145/hs)

#### Skandinavischer Militärpakt?

Von unseren schwedischen Korrespondenten Karl Kern

In der skandinavischen Politik bereiten sich wichtige Dinge vor. Den Neutralitätsverkündigungen schwedischer Politiker sind eine Anzahl Äußerungen gefolgt, die eine Intensivierung der skandinavischen Zusammenarbeit nicht nur auf politischen, sondern auch auf militärischen Gebiete verlangen. Am 5. Mai erklärte der schwedische Sozialminister Gustav Möller in einer Rede, die er in Dänemark hielt, daß er die militärische Zusammenarbeit der skandinavischen Länder nicht mehr lange auf sich warten lassen könne und dürfe. Zwar hat er später dieser Äußerung, die sich im Widerspruch mit der bisher bekannten Linie des Außenministers U n d é n befindet, eine abschwächende Deutung gegeben, doch läßt das positive Echo, das Möllers "unvorsichtige" Feststellung in seiner eigenen Partei fand, durchaus den Schluß zu, Möller habe der Majoritätsmeinung innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie Ausdruck gegeben, die gegenwärtig Schweden regiert.

Am 1. Mai erklärte der Vorsitzende des außerpolitischen Ausschusses im norwegischen Storting, Terje Wold, u.a.: "Sowohl aufgrund der aktuellen Lage als auch auf längere Sicht wäre es durchaus natürlich und verständlich, daß Norwegen und z.B. Schweden einen Militärvertrag über gegenseitige Hilfe im Falle eines Angriffs hätten". Sowohl den Worten Möllers, als auch den Ausführungen Terje Wolds hat die Presse der dänischen Sozialdemokratie eifrig sekundiert, und zwar mit ausdrücklicher Billigung führender Regierungspolitiker.

Bei der Eröffnung des Parteitages der schwedischen Sozialdemokratie am 9. Mai hat der Parteivorsitzende und Ministerpräsident Tage Erlander darauf hingewiesen, daß die Frage untersucht werden müsse, ob das gestärkte Vertrauen zwischen den skandinavischen Ländern, das durch die Ereignisse der letzten Zeit herbeigeführt wurde, die Grundlage für ein noch engeres Zusammenwirken der skandinavischen Länder bilden könne. Auch diese Äußerung und die Anwesenheit führender Regierungsmitglieder aus Dänemark und Norwegen bei dem schwedischen Parteikongreß lassen wesentliche Folgerungen zu.

Natürlich setzt der Abschluß eines skandinavischen Militärpaktes eine Übereinstimmung in der Außenpolitik Schwedens, Norwegens und Dänemarks voraus. Diese Übereinstimmung ist noch nicht erreicht, aber durch den Anschluß aller drei Länder an den Marshallplan ist der erste Schritt in guter Richtung erfolgt. Die Bedenken, die heute z.B. in Schweden gegen den Abschluß eines Militärpaktes mit den übrigen zwei skandinavischen Ländern bestehen (Finnland scheidet infolge seines Paktes mit der Sowjetunion aus solchen Überlegungen aus), gründen sich nicht nur auf die schon sprichwörtlich gewordene Vorsicht des Außenministers Undén, sondern auch auf die richtige Ansicht, daß jedes der drei Länder seine militärische Aufrüstung in eine gewisse gemeinsame Proportion zur Bevölkerungsanzahl und den speziellen Verteidigungsaufgaben jedes Landes zu bringen hätte. Daß ein Militärpakt zur Sicherung des Friedens wesentlich beitragen könnte, bezweifelt außer dem möglichen Angreifer und seiner fünften Kolonne niemand. Das starke sowjetische Interesse an der skandinavischen Halbinsel, deren große militärische Bedeutung Moskau durchaus erkennt, gibt Anlaß zu einer allgemein sehr ernsten Betrachtung der Situation. Dieses Interesse kann Skandinavien nach der Ansicht des überwiegenden Teiles seiner Bevölkerung nicht nur mit frommen Wendungen über die Notwendigkeit einer permanenten Neutralität begegnen. Man erkennt immer deutlicher, daß harte Tatsachen die Schaffung des skandinavischen Verteidigungspaktes erfordern.

Eine atlantische Gemeinschaft?

## Ein Vorschlag Walter Lippmanns

sp. Die Bildung einer atlantischen Gemeinschaft, die alle jetzt von der Zerstörung bedrohten historischen Nationen der westlichen Hemisphäre umfassen soll, schlägt der bekannte amerikanische "zeit-  
artikler Walter Lippmann in der "New York Herald Tribune" als Ausweg aus der derzeitigen Krise vor. Insgesamt gebe es drei Möglichkeiten, aus dem jetzigen Dilemma herauszukommen.

Die erste sei ein als Kreuzzug gegen das russische Empire als Domizil des kommunistischen Despotismus geführter Krieg. Er müsse aber, unter allen Umständen vermieden werden, denn selbst wenn der russische Staat zerstört und die russische Regierung und das sowjetische System gestürzt seien, könne der Krieg erst siegreich beendet werden, nachdem der ganze europäische und russische Kontinent und vielleicht noch viele andere Teile der Welt in einen gigantischen Bürgerkrieg verwickelt worden seien. Dies aber werde das Ende der Zivilisation in der alten Welt bedeuten. Die zweite Möglichkeit bilde die Aufgabe Europas durch die USA und den Anschluß der Überreste des britischen Empires und der französischen Union an die USA - ein Gedanke, der in den Vereinigten Staaten viel diskutiert werde. Auch diese Lösung des Problems müsse abgelehnt werden, weil der Rückzug aus Europa und die Bildung eines amerikanischen Empires die USA isolieren und in der ganzen Welt verhaßt machen würde.

Für die dritte Möglichkeit der Idee einer atlantischen Gemeinschaft, deren Konstituierung freilich lange Zeit in Anspruch nehmen würde, sprächen viele Momente. Sie müßte Nord- und Südamerika und die Erben des westlichen römischen Empires sowie des westlichen Christentums in sich aufnehmen, die alle rings um den Atlantischen Ozean wohnen, der zu einem neuen Mittelmeer gemeinsamer Kultur und gleicher vitaler Interessen geworden sei. Die aus der interamerikanischen Union, dem britischen Commonwealth, den Vereinigten Staaten von Europa gebildete Konfederation der atlantischen Gemeinschaft würde die Verwirklichung einer historischen Mission bedeuten, für die das Schicksal die USA ausgesucht hat. Sie würde eine Chance geben, die radikale Schwäche des Westens zu beheben und die bisher unbeantwortete Herausforderung beantworten, daß die freien Völker keine Mission, keinen Zweck und keine Hoffnung haben. Die atlantische Gemeinschaft würde auf Generationen hinaus die besten Kräfte Europas und Amerikas absorbieren und den Völkern neuen Lebensmut und neuen Lebenswillen einflößen.

(B. 65/145/hs)